

II- 987 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ1010 Wien, den 29. Juni 1976
Stubenring 1
Telephon: 57 56 55

Zl. IV-50.004/14-1/76

368/AB

1976-07-02

zu 330/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. FELIKAN
und Genossen an die Frau Bundesminister
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend
Beiräte, Kommissionen, Projektgruppen
(Nr. 330/J-NR/1976)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende
Fragen gerichtet:

"1) Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung
aus dem Jahre 1973 angeführten Projektgruppen, Beiräte und
Kommissionen wurden seither aufgelöst

- a) wegen Abschluß der ihnen zugedachten Arbeiten?
- b) aus welchen sonstigen Gründen?

2) Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von
Ihnen damals angeführten Projektgruppen, Kommissionen und
Beiräte?

3) Welche Verwertung erfuhren die Arbeitsergebnisse der
von Ihnen angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte

- a) im Hinblick auf Ihre Gesetzesarbeit?
- b) im Hinblick auf Ihre Budgetgestaltung 1976 und 1977?

4) Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Kofe-
renzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen bestehen in
oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten An-
fragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissen-
schafter, oder sonstige Personen außerhalb Ihres Ressorts mit-
arbeiten?

- 2 -

- 5) Mit welchen Aufgaben sind diese Beiräte usw. betraut?
- 6) Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt?
- 7) Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für Ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt?
- 8) Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiten oder seit Jänner 1973 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein?
- 9) Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen für ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben namentlich aufgeschlüsselt?
- 10) Welche Enqueten wurden oder werden im Zeitraum von 1974 bis 1976 von Ihnen abgehalten?
- 11) Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo finden diese Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie werden diese Ergebnisse weiterbehandelt?
- 12) Welches Timing legen Sie den in diesen Enqueten behandelten Problemen zu ihrer Lösung zugrunde?
- 13) Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeit in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet?
- 14) Wenn ja, wie lauten diese?"

- 3 -

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1):

Von den in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1450/J-NR/1973 genannten Institutionen wurden seither keine aufgelöst.

Zu 2):

Der Beirat für Krankenpflegefragen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz insbesondere bei der Neuordnung der Krankenpflegeausbildung beraten und Vorschläge zur Novellierung des Krankenpflegegesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den Krankenpflegefachdienst, für die medizinisch-technischen Dienste und für die Sanitätshilfsdienste unterbreitet.

Daneben wurde über aktuelle Fragen der Krankenpflege beraten, unter anderem über die Ausbildung der medizinisch-technischen Dienste in der Blutabnahme und des Krankenpflegefachdienstes in der Blutabnahme und der Verabreichung von Injektionen. Ferner wurde über die Erfahrungen mit dem Einsatz von mobilen Krankenschwestern beraten, der über meine Initiative vom Bundesinstitut für Gesundheitswesen in Wien durchgeführt wurde.

Der Gemischte Ausschuß betreffend Neuordnung der Ärzteausbildung hat sich im Rahmen seiner Beratungen über Probleme der Neuordnung der Ärzteausbildung mit folgenden Fragen beschäftigt: Neuordnung der Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt, Erstellung eines Kataloges der Mindestausbildungserfordernisse, erweiterte Zeugnisse über die Ausbildung zum praktischen Arzt und zum Facharzt, Einführung einer ergänzenden speziellen Ausbildung auf Teilgebieten von Sonderfächern (Zusatztitel bzw. Subspezialisierungen in Kinderchirurgie, Plastische

- 4 -

Chirurgie, Kieferchirurgie, Kinderneuropsychiatrie und Nuklearmedizin), Einführung eines Facharztes für Neurochirurgie, sowie im besonderen hinsichtlich einer praxisorientierten Ausbildung der Ärzte.

Die Tätigkeit des Beirates zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln findet in erster Linie ihren Niederschlag in der Gestaltung der alljährlich im November durchgeführten Aufklärungswoche über den Mißbrauch von Alkohol. Ferner wurde im Beirat ein Evidenzblatt zur einheitlichen Erfassung von Alkoholkranken erarbeitet, welches demnächst an die in Frage kommenden Institutionen verteilt wird.

Das Interministerielle Komitee für Umweltschutz hat die Aufgabe, die Lage auf den einzelnen Teilgebieten der Umwelthygiene festzustellen. Maßnahmen zur Verbesserung vorzuschlagen und die Arbeiten der einzelnen Ressorts zu koordinieren.

Das Interministerielle Komitee war in erster Linie mit der Beantwortung der EntschlieÙung des Nationalrates vom 14. März 1972 befaßt. Das Komitee hat die Stellungnahmen der verschiedenen Dienststellen des Bundes, der Länder und Gemeinden zusammengefaßt und mit Hilfe dieser Expertise wurde dann vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst der Entwurf eines Gutachtens auf dem Gebiet des Umweltschutzrechtes erstellt. Dieser Entwurf wurde von den Vertretern des Interministeriellen Komitees begutachtet, eingebrachte Änderungswünsche berücksichtigt und das Gutachten sodann dem Nationalrat vorgelegt.

Der Wissenschaftliche Beirat für Umwelthygiene hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bei der Beurteilung der erforderlichen Maßnahmen im Bereich der Umwelthygiene zu beraten. Im Sommer des Vorjahres begann seine zweite Funktionsperiode, die sich über vier Jahre erstreckt.

- 5 -

In Zusammenarbeit mit der Akademie der Wissenschaften wurde eine Broschüre "Luftqualitätskriterien SO₂" ausgearbeitet und allen Interessenten zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsgruppe "Feste Abfälle" hat die Arbeiten über die Müllsammelung fertiggestellt. Eine neue Arbeitsgruppe "Umweltchemikalien" wurde eingerichtet, während die Arbeitsgruppe "Ölfeuerungen" ihre Tätigkeit abgeschlossen hat.

Zu 3):

Die Arbeitsergebnisse des Beirates für Krankenpflegefragen fanden ihren Niederschlag in folgenden Gesetzen und Verordnungen:

Novellen zum Krankenpflegegesetz BGBl. Nr. 197/1973 und BGBl. Nr. 426/1975;

Verordnung betreffend die Ausbildung und Prüfung in der allgemeinen Krankenpflege und in der Kinderkranken- und Säuglingspflege (Erste Krankenpflegeverordnung), BGBl. Nr. 634/1973;

Verordnung betreffend die Ausbildung und Prüfung in der psychiatrischen Krankenpflege (Zweite Krankenpflegeverordnung), BGBl. Nr. 73/1975;

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 560/1974;

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sanitätshilfsdienste, BGBl. Nr. 407/1975.

Die Arbeitsergebnisse des Gemischten Ausschusses betreffend Neuordnung der Ärzteausbildung wurden im Rahmen der Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 36/1974, und in der Novelle zur Ärzte-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 529/1975, verwertet.

Im Hinblick auf die Budgetgestaltung für 1976/77 ergibt sich aus der Tätigkeit des Alkoholbeirates eine laufende budgetäre

- 6 -

Vorsorge für die alljährlich durchzuführende Aufklärung über den Mißbrauch von Alkohol und Suchtmitteln.

Das Gutachten des Interministeriellen Komitees entsprechend der Entschliebung des Nationalrates vom 14. März 1972 war ein weiterer Anlaß für mein Ministerium, durch die Ausarbeitung des Entwurfes des Umweltschutzgesetzes 1975 erstmals die Erlassung einheitlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Emissions- und Immissionsbegrenzung sowie die interdisziplinäre Prüfung der Umweltverträglichkeit von Großprojekten vorzusehen.

Aus den Bemühungen des Wissenschaftlichen Beirates leiten sich die Aufgaben ab, die in den Bundesländern kompetenten Stellen bei den Umweltqualitätsuntersuchungen durch Leihgabe von Meßgeräten in Form mobiler Meßeinheiten zu unterstützen.

Zu 4) und 5):

Außer den bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1450/J-NR/1973 genannten Einrichtungen, deren Aufgabenbereich unverändert geblieben ist, bestehen beim Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz folgende Institutionen, die nicht bereits hinsichtlich Bestand, Zusammensetzung und Aufgabenstellung zwingend gesetzlich festgelegt sind.

Der Beirat für psychische Hygiene wurde 1975 geschaffen und ist mit folgenden Aufgaben betraut:

- a) Er berät den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz bei den die Betreuung psychiatrisch erkrankter Personen betreffenden Fragen, einschließlich der psychiatrischen Außenfürsorge.
- b) Er erstattet auf Ersuchen des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz Gutachten über die im Punkt a) genannten Fragen.

- 7 -

- c) Er kann auch von sich aus dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die Psychische Hygiene betreffende Vorschläge unterbreiten.

Dem Bundesbeirat für Behinderte, der 1976 errichtet wurde, obliegen im wesentlichen die gleichen Aufgaben wie dem Beirat für Psychische Hygiene, jedoch bezogen auf alle Fragen, die mit dem Behindertenproblem in Zusammenhang stehen.

Im November 1973 erfolgte die Konstituierung des Beirates für Umweltschutz.

Im Entwurf des Umweltschutzgesetzes ist der Beirat für Umweltschutz gesetzlich als Sozialpartnerbeirat verankert. Dieser Entwurf geht von der Vorstellung aus, daß die Mitwirkung der Wirtschaftspartner für die Lösung der Umweltproblematik von besonderer Bedeutung ist, weshalb diesen eine weitgehende Ingerenz eingeräumt ist. Die Sozialpartner haben eine entscheidende Stellung im Verwaltungsrat des Umweltausgleichsfonds und das Recht, bei der Erlassung von Verordnungen mitzuwirken.

Die Verpflichtung zum Einvernehmen mit den sachlich zuständigen Bundesministern sowie die Ingerenz der Sozialpartner sollen allseits akzeptable Lösungen für die anstehenden Umweltprobleme ermöglichen.

Zu 6):

Das Timing setzen sich diese Gruppen selbst nach Maßgabe der Erfordernisse des jeweils behandelten Problemkreises, sodaß eine allgemein gültige Aussage nicht getroffen werden kann.

Zu 7):

Die Tätigkeit der Mitglieder der in Rede stehenden Gruppen ist ehrenamtlich.

- 8 -

Die für diese Gruppen erforderlichen Aufwendungen bestehen im Ersatz der Reisespesen und Übernachtungen für außerhalb Wiens wohnende Teilnehmer sowie in einem Entgelt bei der Erstellung von Sonderarbeiten. Die entsprechenden Ausgaben werden nach ihrer Notwendigkeit bei den auf Grund des Ansatz- und Kontenplanes zuzuordnenden Ausgabeposten, die im Rahmen des Gesamtbudgets dotiert werden, verrechnet.

Zu 8):

Die Namen jener Personen, die im Rahmen des Beirates für Krankenpflgefragen, des Gemischten Ausschusses, des Beirates zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Alkohol und anderen Suchtmitteln, des Beirates für Psychische Hygiene, des Bundesbeirates für Behinderte, des Wissenschaftlichen Beirates für Umwelthygiene, des Beirates für Umweltschutz und der Strahlenschutzkommission mitarbeiten, ohne Beamte des Ressorts zu sein, sind den Anhängen 1) bis 8) zu entnehmen.

Zu 9):

Wie bereits zu Punkt 7) ausgeführt, ist die Tätigkeit ehrenamtlich.

Zu 10):

Im angeführten Zeitraum wurden folgende Enqueten abgehalten:

- | | |
|---------------|--|
| 11. Mai 1974: | Enquete zur Lage der allgemeinmedizinischen Versorgung in Österreich |
| 1. Juni 1974: | Enquete zur Früherkennung von Sehstörungen |
| 2. Nov. 1974: | Enquete über Musterungsuntersuchungen beim Bundesheer |
| 3. Dez. 1974: | Enquete zur Früherkennung von Hörstörungen |

- 9 -

24. Sept. 1975: Enquete über die Förderung der Niederlassung von Ärzten
3. April 1976: Enquete über Fragen der Behinderten
29. März 1974: Altölsymposium
18. Mai 1974: Enquete "Biologischer Landbau"
5. Juni 1974: "Österreichischer Umweltschutztag"
- 3./4. April 1975: Tagung über aktuelle Probleme der Erfassung und Bewertung luftfremder Stoffe
5. Juni 1975: "Österreichischer Umweltschutztag"
- 25./26. Sept. 1975 und } Tagung über aktuelle Probleme der
22. April 1976: } Erfassung und Bewertung luftfremder
} Stoffe

Zu 11):

Bei der Enquete im Mai 1974 referierten und diskutierten Vertreter der praktischen Ärzte, der leitenden Sanitätsbeamten der Länder, der Ärztekammern, der Sozialversicherungsträger, des Städte- und des Gemeindebundes und der Gesundheitsbehörden über Probleme der allgemein-medizinischen Versorgung in Österreich, wissenschaftliche Aspekte der Allgemeinmedizin, die Lage der Allgemeinmedizin und der Allgemeinpraxis, zeitgemäße und zukunftsorientierte Formen der ärztlichen Allgemeinpraxis und Organisationsform in der Allgemeinpraxis. Die Ergebnisse wurden bei weiteren Beratungen über die ärztliche Versorgung der Bevölkerung berücksichtigt.

Bei der Enquete im September 1975 erörterten Vertreter der Ärztekammern, der Sozialversicherungsträger, des Städte- und Gemeindebundes und der Gesundheitsbehörden Fragen der Planung und Förderung der Niederlassung von Ärzten, insbesondere von praktischen Ärzten, Zahnärzten und bestimmten Facharztsparten. Insbesondere wurde aufgezeigt, welche Förderungsprogramme im jeweiligen Wirkungsbereich bisher initiiert

- 10 -

wurden, um bestehende und sich abzeichnende Lücken in der ärztlichen Versorgung zu schließen. Die Ergebnisse der Enquete werden bei den weiteren Beratungen über die gesundheitliche Versorgung durch die niedergelassene Ärzteschaft berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Enquete über Fragen der Behinderten werden im Bundesbeirat für Behinderte weiter behandelt.

Die Enquete zur Früherkennung von Sehstörungen führte zur Ausarbeitung eines Programmes über den Untersuchungsgang. Dieser Untersuchungsgang kann bei Kindern, die im Rahmen der Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß als untersuchungsbedürftig festgestellt werden, angewendet werden.

Bei der Enquete über Musterungsuntersuchungen wurde die Zweckmäßigkeit der Einführung von Diagnosestraßen festgestellt. Die Diagnosestraßen werden derzeit vom Bundesministerium für Landesverteidigung errichtet.

Die Enquete über Früherkennung von Hörstörungen hat die Notwendigkeit der Früherfassung von Hörstörungen dargelegt und die vorwiegend personellen und testmäßigen Schwierigkeiten behandelt. Die hier gewonnenen Ergebnisse finden ihren Niederschlag darin, daß die nach den Untersuchungen des Mutter-Kind-Passes auffälligen Kinder einer genaueren otologischen Untersuchung zugeführt werden.

Beim Altölsymposium referierten und diskutierten Experten des In- und Auslandes über Probleme des Recyclings und der umweltfreundlichen Beseitigung des Altöls.

Die Ergebnisse wurden bei der Erstellung des Umweltschutzgesetzentwurfes berücksichtigt.

Bei der Enquete im Mai 1974 wurde die Problematik und Situation im biologischen Landbau und in der herkömmlichen Agrartechnologie untersucht. Experten referierten über Wesen

- 11 -

und Problematik der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise, über die Probleme der österreichischen Bauernschaft in den letzten 25 Jahren, über die Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und über die Probleme aus internationaler Sicht, insbesondere der FAO. Die Ergebnisse wurden bei weiteren Beratungen über eine gültige Definition für den Begriff biologischer Landbau (= naturgemäßer Landbau) und über die Folgen der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden berücksichtigt.

Die Österreichischen Umweltschutztage 1974 und 1975 wurden in Anlehnung an ähnliche Veranstaltungen der UNO im weltweiten Maßstab begangen und standen beide Male im Zeichen der Jugend.

Bei den Tagungen über aktuelle Probleme der Erfassung und Bewertung luftfremder Stoffe wurde die Dringlichkeit der Erarbeitung von bundeseinheitlichen Richtlinien betont. Auf Grund dieser Initiative wurden die Richtlinien 1 und 2 im Anschluß an die SO₂-Kriterien "Bundeseinheitliche Datenspeicherung" und "SO₂-Minimalprogramm" erarbeitet. Die Richtlinien 3 (Schwefelniederschlagsmessung) und 4 (Staubniederschlagsmessung) sowie die Richtlinie 5 (Lärm) stehen vor der Fertigstellung.

Auf Wunsch der Vertreter der Bundesländer werden bis zur Ausarbeitung von endgültigen Kriterien vorläufige Richtlinien über luftverunreinigende Stoffe erstellt.

Zu 12):

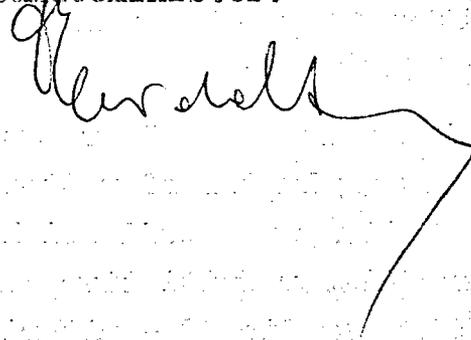
Bezüglich der in den Enqueten bzw. Symposien behandelten Problemkreise ist hinsichtlich eines Timing grundsätzlich festzuhalten, daß unmittelbar nach Abklärung ihrer fachlichen Seite die entsprechenden Veranlassungen meines Ministeriums getroffen werden.

- 12 -

Zu 13) und 14):

Grundsätzlich ist zu bemerken, daß konkrete Finanzierungspläne erst dann sinnvoll ausgearbeitet werden können, wenn die fachliche Seite des betreffenden Problemkreises in ein entsprechendes Stadium getreten ist, sodaß diese Fragen derzeit nicht abschließend beantwortet werden können.

Der Bundesminister:



Der Anfragebeantwortung sind umfangreiche Beilagen angeschlossen, die in der Parlamentskanzlei zur Einsicht auf-
liegen.